



# vetxperts

## Der Kompetenz-Verbund für Schweinegesundheit

### **ASP-Ausbruch in Schweinemastbetrieb bestätigt 06.06.2024**

Das Friedrich-Loeffler-Institut hat den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in einem Schweinemastbetrieb im Land-kreis Vorpommern-Greifswald bestätigt. Die weiteren Maßnahmen werden seit gestern eng zwischen dem Landeskrisiszentrum und dem zuständigen Landkreis abgestimmt. Über weitere Details will der Landkreis heute Nachmittag informieren.

Laut dem Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern (MV) waren in dem Betrieb am Mittwoch einige Tiere mit hohem Fieber auffällig gewesen, sodass der behandelnde Tierarzt umgehend eine Ausschluss-Untersuchung auf ASP veranlasst hat. Das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei (LALLF) hatte daraufhin erste Proben untersucht.

*Betroffener Betrieb amtlich gesperrt:* Diese PCR-Testung ergab bereits den Verdacht, dass sich Tiere mit dem Erreger der Afrikanischen Schweinepest infiziert haben. Das zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt hat den Betrieb amtlich gesperrt und tierseuchenrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus erklärt dazu, dass die derzeitigen Erkenntnisse auf einen Punkteintrag hindeuten würden. Einen ähnlichen Eintrag habe es bereits im November 2021 gegeben, als das Virus zum ersten Mal in MV festgestellt wurde.

Quelle: topagrar.com

### **Tönnies in Weißenfels stoppt Schlachtung von Schweinen** 07.06.2024

Im Schlachthof Tönnies in Weißenfels werden seit Mittwoch keine Schweine mehr geschlachtet. Wie Oberbürgermeister Martin Papke (CDU) MDR SACHSEN-ANHALT am Donnerstag bestätigte, wurde in einem Zulieferbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern die Afrikanische Schweinepest nachgewiesen.

Fleisch soll nicht in Handel kommen: Im Schlachtbetrieb in Weißenfels gebe es rund 160 Tiere aus dieser Anlage. Sie seien inzwischen von den anderen Herden getrennt worden. Auch sei die Krankheit bei ihnen noch nicht nachgewiesen worden. Dennoch soll das Fleisch von Tieren, die am Mittwoch in Weißenfels geschlachtet wurden, nicht in den Handel gehen. Wann die Produktion in Weißenfels wieder aufgenommen werden kann, ist noch unbekannt. Zuerst hatte die Mitteldeutsche Zeitung berichtet.

Quelle: mdr.de (gekürzt)

### **Bundesprogramm Umbau der Tierhaltung: Anträge auf Förderfähigkeit jetzt möglich** 03.06.2024

Nächster Schritt auf dem Weg zu einer besseren Tierhaltung in Deutschland: Ab morgen können alle schweinehaltenden Betriebe, die besonders tiergerecht arbeiten, Anträge auf die Feststellung ihrer Förderfähigkeit im Rahmen des Bundesprogramms Umbau der Tierhaltung stellen. Diese Feststellung ist Voraussetzung einer Förderung der laufenden Mehrkosten, die mit einer besonders tiergerechten Wirtschaftsweise verbunden sind. Damit die Betriebe als förderfähig anerkannt werden können, müssen sie Mitglied in einer ebenfalls zuvor anerkannten Organisation sein oder an einem anerkannten Kontrollsystem teilnehmen.

Die Erzeugerorganisationen und Kontrollsysteme, deren Mitgliedsbetriebe ab Dienstag Anträge auf die Förderung ihrer laufenden Mehrkosten stellen können, gab die Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (BLE) heute bekannt. Es handelt sich um bislang rund 20 Organisationen beziehungsweise Kontrollsysteme, darunter Bioland e.V., das Tierschutzlabel "Für Mehr Tierschutz" des Deutschen Tierschutzbundes e.V. und die Raiffeisen Viehverbund e.G. Die Liste, die fortlaufend aktualisiert und erweitert wird.

Mit dem Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung unterstützt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Tierhalterinnen und Tierhalter, ihre Höfe zukunftsfest aufzustellen. Dafür stellt es zum einen finanzielle Mittel für die investive Förderung bereit, mit dem die schweinehaltenden Betriebe beim besonders tiergerechten Stallum- und Neubau unterstützt werden. Zum anderen fördert das BMEL mit einer zweiten Stufe laufende Mehrkosten, die durch eine besonders tiergerechte Haltung entstehen können. Die Anträge werden durch die BLE bearbeitet.

Quelle: agrar-presseportal.de

## Nach Bauernprotesten: Landwirte nach wie vor „sehr unzufrieden“ mit Bundesregierung 28.05.2024

Die Bauernproteste sind inzwischen in Deutschland weitestgehend abgeflaut. Zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung sind die Landwirte allerdings bei Weitem nicht. Anfang des Jahres protestierten Landwirte in Deutschland wochenlang gegen die von den Ampel-Parteien geplanten Subventionskürzungen und hohen bürokratischen Auflagen. Seit dem Höhepunkt der Proteste Ende Januar ist es allerdings relativ still rund um die Bauern und ihre Probleme geworden.

Von Seiten des Bauernverbandes werden die Proteste im Nachhinein weitestgehend als Erfolg gewertet, da einige der Pläne der Bundesregierung zur Streichung von Subventionen zurückgenommen wurden, so der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken, auf Nachfrage von Euractiv.

Dennoch seien die deutschen Bauern auch weiterhin mit der Bundesregierung „sehr unzufrieden“. Denn auf eine der Hauptforderungen der Bauern ging die Bundesregierung nicht ein: die Streichung der Dieselsubventionen, die im Dezember zu den Massenprotesten führte, steht auch weiterhin.

Auch wenn das vollständige Ende des Agrardiesels nicht sofort, sondern erst in drei Jahren erfolgen wird, „hat zu einem enormen Vertrauensverlust der Landwirtinnen und Landwirte in die Bundesregierung geführt“, meint Krüsken. Deshalb kämpft der Verband auch weiterhin darum, die Agrardieselsubvention beizubehalten. Die dreijährige Verzögerung des Verzichtes auf die Subvention „gibt uns die Chance, uns politisch weiter dafür einzusetzen“, betonte Krüsken.

Derzeit setzen die Landwirte allerdings nicht auf eine Fortführung der Demonstrationen. Die Agrarpolitik nimmt bereits im aktuellen EU-Wahlkampf eine wichtige Rolle ein und dürfte wohl auch beim Wahlkampf zur Bundestagswahl im kommenden Jahr ein wichtiges Thema bleiben. Danach könnten die Karten bezüglich des Agrardiesels dann nochmal neu gemischt werden.

Die Maßnahmen der Bundesregierung: Ende letzten Jahres brachen in Europa, und insbesondere auch in Deutschland, massenweise Proteste der Landwirtschaft aus. Die Branche ging auf die Straße, um unter anderem gegen eine geplante Kürzung der Dieselsubvention zu demonstrieren. Die Streichung der Subvention war Teil von breiteren Budgetkürzungen, um das Haushaltsloch in Höhe von 17 Milliarden stopfen, da das Bundesverfassungsgericht kurz zuvor das ursprüngliche Budget für verfassungswidrig erklärte. Mehrere Autobahnen und Stadtzentren wurden blockiert. Im Januar gipfelte der Protest in einer Kundgebung von rund 30.000 und 5.000 Traktoren in Berlin.

Da die Dieselsubvention nicht zurückgenommen werden konnte, suchte die Bundesregierung andere Ansätze, der Agrarbranche unter die Arme zu greifen. Unter anderem schlug die Regierung Ende März vor, die einkommensteuerlichen Tarifglättung wieder einzuführen, wodurch wirtschaftlich schwache Ertragsjahre mit besseren Jahren steuerlich verrechnet werden können. Hier muss die EU-Kommission allerdings noch zustimmen. Zudem geht das Bundeslandwirtschaftsministerium nun verstärkt auf die europaweiten Forderungen zum Bürokratieabbau ein. Am Mittwoch (27. Mai) veröffentlichte das Ministerium dazu einen Fortschrittsbericht. Bei den Problemen der Landwirte „geht es um die Meldung gleicher Daten an unterschiedliche Stellen, um sich unnötig wiederholende Antrags- und Nachweispflichten oder um starre Regelungen, die mit der Praxis nur schwer zu vereinbaren sind“, erklärte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir in einer Pressemitteilung. Doch auch die Regelung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ist dem Bauernverband zum Teil ein Dorn im Auge. Deren Umsetzung sei für die Betriebe nicht praktikabel, so Krüsken.

Um noch in der aktuellen Förderperiode der GAP den Landwirten zu helfen, werde es künftig „keinen verpflichtenden Mindestanteil an nicht-produktiver Ackerfläche mehr geben“, erklärte ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums gegenüber Euractiv. „Zudem werden die Kontrollen und Sanktionen bei kleinen Betrieben bis zu zehn Hektar ausgesetzt.“ Diese Maßnahmen wurden nicht allein in Deutschland beschlossen, sondern sind seit dem 13. Mai auf der europäischen Ebene von allen EU-Mitgliedstaaten abgesegnet worden.

Quelle: euractiv.de

**Vion macht CO2-Fußabdruck in der Schweinefleischproduktionskette in den NL bekannt und transparent 31.05.2024**

Vion war der erste, dem es in den Niederlanden gelungen ist, den CO2-Fußabdruck von Schweinefleisch einer großen Gruppe von Schweinehaltern auf Betriebsebene mit tatsächlichen Daten zu berechnen. Vion initiierte und beauftragte die Entwicklung des CO2-Fußabdruck-Rechners, der zusammen mit dem Datenunternehmen ImpactBuying entwickelt wurde. Dabei wurde die von der Wageningen University & Research (WUR) veröffentlichte Berechnungsmethode für Schweinefleisch verwendet. Mit diesem Rechner legt Vion die gesamten CO2 -Emissionen in der Produktionskette von Schweinefleisch, vom Saatgut für das Futter bis zum Transport des Endprodukts in den Laden, offen.

Quelle: rind-schwein.de



**Marktexperte: „Die Notierungen bleiben stabil“ 01.06.2024**

Dürfen sich Deutschlands Ferkelerzeuger und Schweinemäster auch in den nächsten Monaten über gut auskömmliche Ferkel- und Mast Schweineerlöse freuen? Markus Fiebelkorn, Marktanalyst bei Danske Svineproducenter, einer dänischen Branchen-organisation ähnlich der deutschen ISN, sieht vorerst keine dunklen Wolken am Horizont aufziehen. „Alle Marktdaten sprechen derzeit für weiterhin sonnige Preisaussichten“, erklärte der Marktkenner bei der Generalversammlung des Erzeugerrings Westfalen im westfälischen Davensberg.

Im zweiten Quartal 2024 geht er im Mittel von 86 € für ein 25 kg-Ferkel und 2,30 bis 2,40 € je kg Schlachtgewicht (SG) für Schlachtschweine aus. Im dritten Quartal rechnet Fiebelkorn mit durchschnittlich 76 € je 25 kg-Ferkel und rund 2,25 € je kg SG für Schlachtschweine. Zudem geht er von leicht sinkenden Futterkosten aus.

Fiebelkorn erklärte, dass für die stabilen Notierungen folgende Gründe ausschlaggebend sind:

- In Spanien bremsen zunehmende Umweltprobleme, Wasserknappheit und landesweite Proteste der Bevölkerung gegen den weiteren Ausbau der Veredlung das Wachstum. Die EU-Kommission rechnet in diesem Jahr sogar mit einem Minus von 2 %.
- In Polen bekommen die Behörden die Afrikanische Schweinepest (ASP) nicht in den Griff. Der polnische Schweinebestand hat sich seit 2004 fast halbiert. Die katastrophale ASP-Situation ist auch der Grund dafür, dass nicht in die Schweinehaltung investiert wird. Die Gefahr, dass der Bestand nach einer Investition gekeult werden muss, ist vielerorts hoch.
- In Italien wird die ASP ebenfalls zu einem ernsthaften Problem.
- In den Niederlanden und Belgien sorgen staatliche Aufkaufprogramme dafür, dass Schweinehalter aus der Produktion ausstiegen und die Schweinebestände deutlich sinken. Allein der niederländische Staat stellt 1,45 Mrd. € zur Verfügung. Wer Geld in Anspruch nimmt, muss seine Produktionsrechte zurückgeben. Landesweit wird mit minus 2,3 % weniger Schweinen gerechnet.

In keinem anderen EU-Land wirft die Politik den Tierhaltern so viele Knüppel zwischen die Beine wie in Deutschland. Das führt zu einem landesweiten Stillstand. Es wird nicht investiert und die Produktion sinkt, weil viele Bauern entnervt aufgeben. In Deutschland werden nur noch 21 Mio. Schweine gehalten. 2024 könnte der Bestand um knapp 2,5 % sinken, so die Schätzung der EU-Kommission.

„LEH wird seine Tierwohlversprechen nicht einhalten können“: Kritisch sieht Markus Fiebelkorn die Ankündigungen des Lebens-mitteleinzehandels (LEH) zum Thema Tierwohl. „Es ist mir ein Rätsel, wie die deutschen Discounter ihre Versprechen einhalten wollen bis 2030 auf 100 % Haltungsfom 3 und 4 umzustellen? Das funktioniert nicht, wenn aktuell 98 % des Fleisches aus den Haltungsfom 1 und 2 stammen“, so Fiebelkorn. Solange Politik und Handel den Bauern keine verlässliche Zukunftsperspektive bieten, wird sich die Situation nicht ändern, stellte der Fachmann klar.

Fiebelkorn glaubt aber auch nicht daran, dass der LEH seine Tierwohl-Versprechen gänzlich zurückzieht. Womöglich wird er dann Tierwohlware aus dem Ausland einkaufen, denn leere Regale sind im Handel tabu. „Aus Sicht der Bauern ist es umso wichtiger, dass sich der Handel klipp und klar zu 5xD bekennt“, erklärte Fiebelkorn.

Dänemark bleibt wichtiger Ferkellieferant: Als Ferkellieferant für deutsche Mäster wird Dänemark weiterhin eine große Rolle spielen, ist Fiebelkorn überzeugt. Den deutschen Mästern komme entgegen, dass der dänische Schlachtschweinepreis zurzeit 38 Cent/kg unter dem deutschen liegt. Angesichts der großen Differenz sieht Fiebelkorn bei den Stückzahlen noch Spielraum nach oben: „Wer kann wohl höhere Preise fürs Ferkel zahlen? Der dänische Mäster oder der deutsche?“ (.....)

<p><b>Ferkel VEZG</b> 25 kg Notierung / 200er Gruppe</p> <p><b>Aktuelle Woche: 85,00 EUR</b> (10.06.24 –16.06.24)</p> <p>Vorwoche: 85,00 EUR</p>
--

<p><b>Mast Schweine VEZG</b> Basispreis je kg SG</p> <p><b>Aktuelle Woche: 2,20 EUR</b> (05.06.2024)</p> <p>Vorwoche: 2,20 EUR</p>
--



Bayern



Baden-Württemberg



Niedersachsen  
Mecklenburg-Vorpommern



Sachsen-Anhalt



Nordrhein-Westfalen



Schleswig-Holstein  
Niedersachsen

Dieser Newsletter wurde von der [vetxperts GmbH](#), Carl-Benz-Straße 21, 48734 Reken  
in Zusammenarbeit mit dem [Serviceteam Alsfeld](#), An der Hessenhalle 1, 36304 Alsfeld

[Klicken Sie hier](#) um sich aus dem Verteiler abzumelden.